

Speyer, den 08.02.2021

Stellungnahme der POLLICHIA-Kreisgruppe-Speyer

Betr.: ORTSGEMEINDE DUDENHOFEN BEBAUUNGSPLAN „WOHNPARK AM HAINBACH“

Bearbeiter: Anna Mikulowska

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den uns vorliegenden Unterlagen des oben genannten Bebauungsplans möchten wir wie folgt Stellung nehmen:

Nach unerwarteter Rodung der Bäume (Pressmitteilung siehe Anhang) vor Ablauf der Offenlage ist seitens der Gemeinde und Naturschutzbehörden zu überprüfen, ob dem Plan entsprechend (32 Bäume) oder ggf darüber hinaus Fällungen stattfanden. Dies sollte rechtlich erörtert werden.

Gewässerschutz - Vermeidungsmaßnahmen

Der westlich direkt angrenzende Hainbach ist vor Beginn der Bauphase und für die gesamte Bauphase gegen abschwemmende Kontaminationen und Baustaub entsprechend abzuschirmen. Auch wenn der Hainbach hier kein natürliches Fließbett mehr aufweist, so ist der Wasserkörper doch Zufluss zum Woogbach. Es ist zu vermeiden, dass Kontaminationen mit dem Wasserkörper in weitere Gewässer eingetragen werden.

Artenschutz - Grünordnung

Die Beibehaltung des parkartigen Charakter ist wünschenswert, jedoch durch die Fällung solcher Mengen an alten Hochbaumbeständen in Bezug auf Lebensraum für bereits vorhandene Vogelarten, Igel, Eichhörnchen nicht mit Neuanpflanzungen so schnell zu ersetzen und daher sehr zu bedauern. Es sollte daher zumindest bzgl. Neupflanzungen ausschließlich v.a. auf Hochstämme geachtet mit genügend Entfaltungsraum (Krone, Wurzel) für langjährige Entwicklung einkalkuliert werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Anna Mikulowska (1. Vorsitzende, POLLICHIA-Kreisgruppe-Speyer)



unter Mitarbeit v. Michael Vatter (POLLICHIA-Kreisgruppe-Speyer)

Ärger nach schnellem Kahlschlag

Wo vergangene Woche noch ein parkähnliches Gelände mit altem Baumbestand mitten in Dudenhofen war, ist mittlerweile nur noch eine öde Fläche mit gewaltigen Haufen übereinander gestapelter Baumstämme vorzufinden. Seit Montag hat eine Fachfirma auf dem Grundstück, wo der umstrittene „Wohnpark am Hainbach“ entstehen soll, „Tabula rasa“ gemacht. Bei Anwohnern und Bürgermeister ist die Verärgerung groß.

VON TIMO LESZINSKI



So sah es noch vor Kurzem aus: das Gelände in der Nähe des Rewe-Markts. ARCHIVFOTO: LENZ

biets, das durch Einzel- und Reihenhäuser geprägt ist, finden die Anwohner und fordern deshalb, die Größe des Vorhabens um 25 bis 50 Prozent zu verkleinern. Die Unterzeichner befürchten unter anderem eine deutliche Zunahme des Verkehrs insbesondere in der Trifelsstraße, einer Spielstraße, über die der Wohnpark erschlossen werden soll. Und auch mit dem Naturschutz argumentieren die Anwohner. Das parkartige Gelände liefere einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

„Bis zum 8. Februar sollen die Stellungnahmen gesammelt werden“, sagt Fabian Volk, einer der Unterzeichner. „Dass man nun vor dem Termin Aktionen startet, verärgert uns.“ Eigentlich hätte es nach Ende der Frist einen Termin der Anwohner mit dem Bürgermeister geben sollen. Diesem werfen Volk und Fedele Untätigkeit vor, als am Montag die Bagger anrückten. „Wir fühlen uns nicht mehr vertreten“, sagt Fedele, der befürchtet, dass als nächstes die leerstehende Villa aus den 1930er-Jahren fällt. Die Anwohner erwägen nun rechtliche Schritte gegen den Grundstücksbesitzer.

„Äußerst negativ überrascht“

Laut Ortsbürgermeister Hook hat es keine konkreten Absprachen mit dem Bauherrn gegeben, was den Zeitpunkt



Gerodet: Auf dem Grundstück südlich der B39 wuchsen teils mehr als 100 Jahre alte Bäume. Auch die Villa aus den 1930er-Jahren (links im Bild) soll abgerissen werden. FOTO: ZIN

und das Ausmaß der Rodung angeht. „Wir hätten uns gewünscht, dass mit der Fällung bis mindestens zum Ablauf der Offenlage gewartet wird“, sagt er. Eventuell liege ein Verstoß gegen den im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplans erstellten „Fachbeitrag Artenschutz“ vor, vermutet Hook. Der Gehölzbestand sei erhaltenswert. In genanntem Beitrag ist zwar von 150 Jahre alten Bäumen die Rede, zum Thema Rodung heißt es aber: Da es sich um ein Bauvorhaben auf einem bestehenden Wohngrundstück handle, müsse der verloren gegangene Lebensraum für „Allerweltsvogelarten“ rein rechtlich nicht ausgeglichen werden.

Den Vorwurf der Untätigkeit angesichts des Kahlschlags weist Hook

ebenso zurück wie jenen der Intransparenz: „Vom Vorhaben des Bauherrn hatten wir keine Kenntnis und waren davon äußerst negativ überrascht.“ Auf den weiteren Verlauf des Bebauungsplanverfahrens habe das Vorgehen des Bauherrn aber keinen Einfluss. Dieses gehe ganz normal weiter.

„Mein gutes Recht“

Der Besitzer des Grundstücks und künftige Bauherr sieht sich von den Anwohnern zu Unrecht an den Pranger gestellt: „Es ist mein gutes Recht, die Bäume fällen zu lassen“, sagt Peter Kinscherff und verweist ebenfalls auf den Artenschutz-Beitrag. Laut Kreisverwaltung stehen die Stellungnahmen

der Unteren Naturschutzbehörde und der Unteren Wasserbehörde noch aus. Ein Verstoß gegen das Bundesnaturschutzgesetz ist der Verwaltung gegenwärtig nicht bekannt. Allerdings sei der Artenschutz-Fachbeitrag bereits Mitte 2020 erstellt worden, und es sei möglich, dass sich seitdem andere Wildtiere angesiedelt haben.

Geplant gewesen sei die Rodung in der Tat eigentlich für die Zeit nach dem 8. Februar, also nach Ablauf der Offenlegungsfrist, erklärt Kinscherff. Allerdings hätte die beauftragte Firma dann keine Zeit gehabt. Danach wären die Arbeiten bis Ende September wegen der Vegetationszeit eventuell nicht möglich gewesen. Und er wolle so schnell wie möglich mit dem Bau be-

EINWURF

Schlechter Start

VON TIMO LESZINSKI

Rechtlich wird man dem Bauherrn des geplanten Wohnparks aus der überraschenden Rodungsaktion wohl kaum einen Strick drehen können. Und grundsätzlich hat der Ortsgemeinderat dem Neubau-Vorhaben ja mehrheitlich zugestimmt. Dass die Nachfrage nach Wohnraum vor den Toren Speyers da ist, steht außer Frage. Trotzdem kann man ins Grübeln kommen beim Anblick der gefällten alten Bäume – in einer Region, in der gefühlt nach und nach jedes freie Fleckchen Erde zugebaut wird. Auch muss wieder einmal ein historisches Gebäude weichen, um möglichst viele Wohnungen auf kleiner Fläche zu schaffen. Und was die Sorgen der Anwohner betrifft, Natürlich kann man die als Bauherr übergehen. Der Beginn eines gut-nachbarschaftlichen Verhältnisses sieht aber anders aus.

ginnen, sagt Kinscherff. Den Vorwurf, die geplanten Gebäude seien zu massiv, weist er ebenfalls zurück. Es seien zwei Vollgeschosse und ein Staffelschoss pro Gebäude geplant. „Ich will nichts Böses, sondern etwas Gutes tun und in Dudenhofen Wohnraum schaffen“, sagt er.

Den bereits vor einigen Wochen diskutierten Vorschlag, auf dem Gelände eine Gedenkstätte für ehemalige Zwangsarbeiter der Firma Walter zu errichten, findet Kinscherff im Übrigen „abenteuerrich“. Wenn man einen solchen Erinnerungsort gewollt hätte, dann wäre er an anderer Stelle passender gewesen, sagt er: dort, wo früher die eigentliche Fabrik war und heute die Supermärkte stehen.